

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Tageblatt für Eibenstock, Carlsefeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkühengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterkühengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Pf. Im Restamt die Zeile 10 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für spätere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Abonnementpreis vierteljährlich Mk. 2.70 einschließlich des „Amts- und Anzeigebblattes“ in der Geschäftszeit, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostämtern. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Für alle 1000er Abnahme — Druck über fertiger Legenarbeiten. — Druck über fertiger Legenarbeiten. — Druck über fertiger Legenarbeiten.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebsh in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 14.

Sonnabend, den 18. Januar

1919.

Auf Blatt 312 des Handelsregisters für den Landbezirk ist heute die Firma **Franz Albin Klug** in Oberkühengrün und als deren Inhaber der Kaufmann **Franz Albin Klug** in Oberkühengrün eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Bleistiften. Eibenstock, den 15. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

1. Gemeinde- und Privat-Beamtenschule zu Genes.

Städt. Fachschule, gegründet 1891, bereitet für die Gemeindebeamtenlaufbahn vor. Anmeldungen für Ostern 1919 bis Ende Januar erbeten. Stellennachweis der Abgangsschüler. Aufnahmebedingungen versendet kostenfrei die Schulleitung.

Öffentliche Handelslehrausstatt zu Planen.

Höhere Abteilung mit Berechtigung zur Erteilung des Zeugnisses zum einjährig-freiwilligen Militärdienst.

In Klasse IV (Vorklasse) werden Schüler nach erfolgreichem Besuche der V. Klasse einer höheren Schule oder nach 7-jährigen erfolgreichem Besuche einer Volksschule, in Klasse III nach erfolgreichem Besuche der IV. Klasse einer höheren Lehranstalt oder der I. Klasse einer höheren Bürgerschule aufgenommen.

Anmeldungen nimmt entgegen

Direktor Prof. Viehrig.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg †.

Berlin, 16. Januar. Die beiden Führer der Spartakusbewegung in Deutschland, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, haben heute Nacht ein furchtbares Ende gefunden. Liebknecht, der bei einem Verwandten in der Mannheimer Straße in Wilmersdorf verhaftet worden war, suchte bei der Ueberführung nach dem Gefängnis zu entfliehen und wurde bei der Flucht von der Begleitwache erschossen. Rosa Luxemburg wurde von der wütenden Menschenmenge den Wachmannschaften entrisen und getötet. T. U.

Drei Fragen Erzbergers an die Entente.

Frier, 15. Januar. (Privattelegramm.) Die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens wurden heute vormittag in Frier im Salonwagen des Marschalls Foch durch Anwesenheit der Vorsitzenden der beiderseitigen Waffenstillstandskommissionen eröffnet. Die Ansprüche des Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, enthielt u. a. folgende Gedanken:

Das deutsche Volk will Frieden. Die alliierten Regierungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute noch nicht vom Frieden, sondern nur von einer Verlängerung des Waffenstillstands. Das deutsche Volk hat die Waffenstillstandsbedingungen bis zur Grenze des Möglichen erfüllt. Wo Bedingungen nicht eingehalten worden sind, tragen unsere Gegner fast ausschließlich die Verantwortung, so namentlich in der Frage der Abnahme des Verkehrsmaterials. Am 5. Januar waren von den Alliierten übernommen 1821 Lokomotiven und 63 304 Wagen, zur Uebernahme vorgeführt aber waren 4907 Lokomotiven und 105 523 Wagen. Dabei muß eine Konventionstraße deutscherseits abgelehnt und eine weitere Verlängerung der Frist für die Uebergabe des Verkehrsmaterials gefordert werden. Deutschland ist entschlossen, die Verpflichtungen des Waffenstillstandes loyal zu erfüllen. Aber die Alliierten haben ihrerseits das Waffenstillstandsabkommen systematisch verletzt. Ungehinderter Verkehr und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland sind vernichtet worden. Mit Entrüstung erfüllt uns das Vorgehen der französischen Besatzungsbehörden in Elsaß-Lothringen. Alle Maßregeln der verbündeten Regierungen in Elsaß-Lothringen beweisen, daß Frankreich darauf ausgeht, der Entscheidung der Friedenskonferenz vorzugreifen und Elsaß-Lothringen zu annektieren, ohne daß das von Frankreich so oft und so laut geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch nur im geringsten beachtet wird. Derselbe Protest muß gegen das von der Entente angebotene oder vielmehr aufgezwungene Finanzabkommen erhoben werden, welches Deutschland der finanziellen und wirtschaftlichen Diktatur der Entente ausliefert. Zum Schluß lege ich der Entente drei Fragen vor. Die erste lautet: Wann werden Sie die Blockade aufheben? Die Ernährung Deutschlands verschlechtert sich von Tag zu Tag. Von dem Stande der Ernährung wird es zum großen Teil abhängen, wie die innere Lage Deutschlands sich gestaltet. Das deutsche Volk hat es er-

tragen, waffenlos zu werden, aber es würde nicht ertragen, brotlos zu werden. Der Hunger würde einen seelischen Zustand hervorrufen, dessen Folgen auch die Alliierten nicht wünschen können. Ich warne Sie. Auch Ihre Völker sind nicht gefeit gegen die Westrevolution.

Die zweite Frage: Wird die Entente jetzt bindende Verpflichtungen eingehen über die sofortige Rückgabe der in ihren Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen? Die Regelung der Zurückführung unserer Kriegsgefangenen sollte im Präliminarfrieden erfolgen. So führte die Frage der Kriegsgefangenen zur dritten und letzten Frage, die ich an die Entente zu richten habe: Wann werden wir in der Lage sein, dem Präliminarfrieden zu schließen? Mehr als sechsmal hat die deutsche Regierung versucht, die Verhandlungen über den Abschluß des Präliminarfriedens einzuleiten. Es ist keine Antwort erfolgt. Der Gewalt des Siegers stellt sich das ewige Recht des deutschen Volkes gegenüber, das Recht auf Fortentwicklung. Dieses Recht ist heilig und unantastbar.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Entwurf der Reichsverfassung. Ueber die Grundzüge des Verfassungsentwurfs, der Mittwoch im Kabinett beraten worden ist, teilt der „Abend“ mit: Der förderative Charakter des Reiches wird in der neuen Verfassung gewahrt. Das Reich soll sich aus einer Anzahl von Freistaaten zusammensetzen. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf 10 Jahre gewählt wird. Die Regierung wird von einem Reichskanzler und Reichsministern gebildet werden. Das Parlament würde sich aus einem vom gesamten Volke zu wählenden Volksrat und aus einem Staatsrat zusammensetzen, dessen Mitglieder von den Volksvertretungen der Einzelstaaten gewählt werden.

Verpfändung der deutschen Eisenbahnen und Forsten. Staatssekretär Erzberger hat sich bei einer Konferenz mit den süddeutschen Eisenbahnministern in Ulm geäußert, Marschall Foch halte für eine angemessene Entschädigung für den Aufbau Belgiens und Nordfrankreichs den Betrag von 30 Milliarden, für die anderen Schäden die Summe von 20 Milliarden Mark. Die Alliierten würden als Sicherheit die Verpfändung der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Forste fordern.

Schwere Gefahren für Deutschland. Norwegische Stimmen weisen darauf hin, daß an einzelnen Stellen, wo in Rußland gearbeitet wird, Munitionsfabriken sind. Die Bolschewiki rüsten aus aller Kraft, um sich ihre Macht zu erhalten. Sie haben bereits eine Armee von 1 Million Mann aufgestellt und wollen sie vor Ende März auf 3 Millionen bringen. Die Disziplin wird mit rücksichtsloser Strenge aufrecht erhalten. Die Bewaffnung, Bekleidung und Verpflegung der jungen Truppe ist nach übereinstimmenden Meinungen vorzüglich. Mit dieser Armee will Trotzki die bolschewistische Idee über ganz Europa verbreiten. Feindliche Armeen, z. B. die der Entente, fürchtet er nicht, weil er damit rechnet, daß die verbende Kraft der bolschewistischen Propaganda so groß ist, daß zwei Drittel der sich ihm stellenden Gegner ohne weiteres kampflös übergeben werden. Daß eine solche Armee für unsere Ostprovinzen, für ganz Deutschland eine sehr große Gefahr bedeutet, liegt auf der Hand.

Seht es nach Trotzki, dann wird Deutschland wieder, ganz besonders in seinen Grenzprovinzen, wie im 30-jährigen Krieg der Tumultelast fremder Kriegsvölker. Es gilt daher, die Augen offen zu halten und mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß unserem schon schwer geschlagenen Vaterlande diese neue Prüfung erspart bleibt.

Eröffnung der badischen Nationalversammlung. Die badische Nationalversammlung, als erste im Deutschen Reich, wurde Mittwoch vormittag in Karlsruhe eröffnet. Das Landtags-Gebäude war von der studentischen Sicherheitswehr und der Volkswehr abgeperrt, um jeden etwa gerlauten Putz zu verhindern. Unter den 107 Abgeordneten bemerkte man zum 1. Male 9 Frauen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Geiß begrüßte die Versammlung im Namen der vorläufigen Volkregierung und gab die Mandate der Minister in die Hände der Nationalversammlung zurück. Der Ministerpräsident trat für die Reichseinheit ein und erklärte, wir wollen vor allem ein großer deutscher Volksstaat bleiben. Was den Frieden anbelange, so könne nur die rascheste Befestigung der neuen Zustände den Feinden jene Achtung aufbringen, die uns einen Verständigungsfrieden statt eines Diktatorfriedens gewährleisten. Die vier Fraktionen nahmen sodann eine Erklärung an, in der sie die vorläufige Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte betrauten. Das Plenum vertagte sich bis nach den deutschen Nationalwahlen.

England.

Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr. Nach einer Reitermeldung aus London tritt der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle“ für die Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland und Oesterreich ein. England, so schreibt das Blatt, wünsche nicht, daß Deutschland und Oesterreich dem Beispiele Rußlands folgen. Die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen sollte aber von der raschen Wahl der Nationalversammlung auf regelmäßigem, demokratischem Wege abhängig gemacht werden. Eine derartige Erklärung durch die assoziierten Mächte würde in Deutschland und in ganz Europa eine wohltuende Wirkung ausüben. Bezüglich Polens schreibt das Blatt, da die Vereinigten Staaten und die Alliierten von der Notwendigkeit der Errichtung eines vereinigten starken und unabhängigen Polens überzeugt seien, sei es nicht überraschend, daß die Assoziierten daran angingen, Polen weitere Hilfe zu senden. Es würden sowohl Munition als auch Vorräte benötigt, vor allem Flugzeuge und Flieger.

Amerika.

Wilson über die Lebensmittelversorgung Europas. In der schon gemeldeten Botschaft des Präsidenten Wilson an den Kongress heißt es u. a.: Ich kann nicht ernst genug darauf bringen, daß der Kongress die Gelder bewilligt, welche Hoover für das Lebensmittelhilfswerk verlangt. Dies ist jetzt der Schlüssel zu der gesamten Lage in Europa und zur Lösung der Friedensfrage. Der immer mehr nach Westen vorrückende und Deutschland vergiftende Bolschewismus kann nicht mit Gewalt, aber wohl mit Lebensmitteln aufgehalten werden. Das Geld wird nicht für Lebensmittel für Deutschland selbst gebraucht werden, denn Deutschland kann seine Lebensmittel kaufen. Aber es muß angenommen werden, um die Lebensmittelversorgung Polens, der befreiten Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie und unserer Bundesgenossen auf

dem Balkan zu finanzieren. Ich weiß nicht, wie wir die nötige Macht finden sollen, um Frieden zu schließen, wenn dies Mittel, um den Strom des Anarchismus abzuwenden, nicht angewandt wird.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

Dresden, 15. Januar. Eine englische Offizierskommission wird in den nächsten Tagen in Dresden eintreffen, um die gegenwärtige Ernährungslage zu prüfen. Gegenwärtig wohnt die Kommission in Leipzig.

Dresden, 15. Januar. Wie die „Telegraphen-Union“ zuverlässig aus Baugen erfährt, beabsichtigt der wendische Nationalausschuss für Sonnabend, den 18. Januar den Erlass einer Proklamation, in welcher die Errichtung eines selbstständigen baltischen Wendenslandes verkündigt wird. Die Wendensrepublik soll sich erstrecken von Sagan i. Schlef. bis Dresden. Als Präsident dieser Republik ist, wie wir weiter erfahren, der Baugener Stadterordneterordner Justizrat Dr. Herrmann in Aussicht genommen.

Dresden, 15. Januar. In geistiger Umwandlung versuchte gestern der auf dem Schützenplatz Nr. 10 wohnhafte pensionierte Kirchenbedienter Adolf Pfeiffer seine Ehefrau und seine 19jährige Tochter durch Schläge mit einem Beil zu töten, wobei beide schwer verletzt wurden. Pfeiffer schnitt sich dann mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Die beiden schwerverletzten Frauen wurden nach dem Krankenhaus gebracht und starben mit dem Leben davonkommen.

Kue, 14. Januar. Eine vom Marinematrassier einberufene Versammlung der Marineangehörigen von Kue, in der eine politische Marinevereinigung auf kommunistischer Grundlage gebildet und eine Entschlüsselung gegen die Regierung Ebert-Scheidemann gefordert werden sollte, nahm nicht den von den Veranstalter erhofften Verlauf; denn die 60 anwesenden Teilnehmer lehnten einstimmig beide Aufforderungen ab. Eine zu gleicher Zeit tagende Versammlung zur Gründung einer kommunistischen Ortsgruppe für Kue nahm ebenfalls einen kläglichen Ausgang; denn nach einer langen Rede und Aussprache erklärten ganze 7 Mann ihren Beitritt.

Frühdorf gegen spartakidische Gewalttätigkeiten. In einer demokratischen Volksversammlung in Dresden am Montag machte Staatsminister Dr. Frühdorf zu den Vorgängen vor der Dresdner „Volkszeitung“ folgende bemerkenswerte Ausführungen: Es könne nicht gebildet werden, daß zu Gewalttätigkeiten übergegangen werde und, sobald die Spartakiden Leben und Eigentum des Volkes angriffen, müßte gegen sie vorgegangen werden. Sobald die Spartakiden dazu übergingen, sich in den Besitz der Waffen der Soldaten zu setzen, werde gescheut. Seine Partei werde solche Zustände wie in Berlin in Dresden nicht eintreten lassen. Das sei sie dem ganzen Reich schuldig. Die Demokratie habe jetzt einen Umfang erreicht, daß es Aufgabe des Volkes sei, sie zu schützen. Im übrigen sei ja festgestellt worden, daß ein Führer der Unabhängigen, Dr. Cohn, 4 Millionen Mark erhalten habe, um die deutsche Revolution nach russischem Muster umzugestalten. Dazu müsse uns aber das Volk zu gut sein. Im übrigen sei ohne Ordnung eine Weiterführung des Wirtschaftslebens nicht möglich. Deshalb müsse die Nationalversammlung unbedingt am 19. Januar stattfinden. Wenn die Unabhängigen es wagen sollten, die Wahlen zu stören, dann könnten sie etwas erleben. Wenn Leben und Eigentum der Bürger angegriffen werden sollte, dann würden sich Handgranaten angewendet werden. Jedes einzelne Wahllokal müsse stark besetzt sein, daß kein Gewaltakt stattfinden könne.

Postdienst während der Wahlen. Wie das Amtsblatt des Reichspostamtes bekannt gibt, müssen sowohl am Tage der Wahlen selbst, als auch am Tage der Ermittlung des Wahlergebnisses alle beteiligten Postanstalten so lange im Dienste bleiben, bis der zu erwartende Verkehr erledigt ist. Dies gilt auch für die auf den Wahltag und auf den Ermittlungstag folgenden Tage. Solange noch starker Verkehr aus Anlaß der Wahlen herrscht oder zu erwarten ist.

Der Geburtenrückgang in Sachsen. Nach den amtlichen Unterlagen betrug die Zahl der Lebendgeborenen in Sachsen überhaupt:

im Jahre	im Jahre
1912: 125 414	1915: 86 980
1913: 122 985	1916: 58 973
1914: 117 601	1917: 50 866

Dennach wurden im Jahre 1917 66735 Kinder weniger geboren als im Jahre 1914 oder 74548 weniger als im Jahre 1912. Inbes, was besonders hervorzuheben ist, dieser Rückgang der Lebendgeborenen in den Jahren 1912 bis 1917 ist in seiner Wirkung auf den Bevölkerungsstand Sachsens wesentlich abgemindert durch die ebenfalls bemerkenswerte Abnahme der Säuglingssterblichkeit. Denn die Zahl der im 1. Lebensjahre Gestorbenen betrug:

im Jahre	im Jahre
1912: 19 022	1915: 14 069
1913: 19 361	1916: 8 150
1914: 20 154	1917: 7 814

somit im Jahre 1917 11808 gestorbene Säuglinge weniger als im Jahre 1912 oder 12340 weniger als im Jahre 1914. Zu berücksichtigen bleibt, daß die Zahl der Geburten im allgemeinen zwar sehr herabgegangen ist, aber nicht in dem Verhältnis, wie die Säuglingssterblichkeit abgenommen hat.

Bermischte Nachrichten.

Spartakus-„Idealisten“. Ganz nach Art der Bolschewisten haben die Spartakusleute in den letzten Tagen in Berlin gehaust. Ganze Bäckereien und raubten sie völlig aus. So erschienen in der Nacht zum Sonnabend etwa 30 Zivilisten und Soldaten auf einem Lastkraftwagen vor dem Goldwarengeschäft von Freundlich in der Großen Frankfurter Straße, Ecke Koppenstraße. Sie sprengten die herabgelassene eiserne Kollmauer mit Handgranaten und drangen durch die zertrümmerte Schaulusterrampe in das Geschäft ein, wo sie Goldwaren, Uhren und Schmuckgegenstände einpackten. Während die Räuber in dem Laden „arbeiten“ standen mehrere Spartakisten mit Gewehren Wache. Zwei Soldaten des Sicherheitsdienstes, die in einer Seitenstraße patrouillierten, wollten die Eindringlinge festnehmen. Es entspann sich ein Feuergefecht, bei dem die Spartakisten die beiden Soldaten tödlich verwundeten.

Nachrichten aus der Kirchengemeinde Eibenrod vom 12. bis 18. Januar 1919.

Gebet: 1) Georg Adolph Scheffer, Buchbinder hier u. Frieda Helene Schmidt hier. 2) Curt Wiliam Stemmler, Bahnarbeiter hier und Johanne Reschke Schmalkuh hier. 3) Paul Otto Tauscher, Musterzeichner in Carlsfeld und Sophie Pauline Auguste Schumann hier.

Gebet: 4) Elfe Elfriede Bent.
Am 2. Sonntag nach dem Erscheinungsfeste.
Vorm. 9 Uhr: Predigtgottesdienst, Text: Joh. 1, 25-43, Pastor Wagner. Hierauf: Beichte und heil. Abendmahl, Harrer Starke.
Nachm. 1 Uhr: Kindergottesdienst, Pastor Wagner.

So. ev.-luth. St. Johannes-Gemeinde.
Vorm. 10 Uhr: Bejogottesdienst.
Montag abends 7/9 Uhr: Predigt und Bestunde.

Methodisten-Gemeinde.
Sonntag vorm. 10 Uhr: Predigt. Vorm. 11 Uhr: Sonntagsschule. Abends 8 Uhr: Predigtgottesdienst, Prediger Bergold.
Freitag abends 7/9 Uhr: Bejogottesdienst.

Kirchennachrichten aus Schönheide.
Vom 11 post Epiph. (Sonntag, den 19. Januar 1919.)
Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst mit Predigt über Joh. 1, 25-48, Harrer Wolf. Nach dem Gottesdienst Beichte und heil. Abendmahl, Pastor Mannchen. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst für das 5.-7. Schuljahr, derselbe. Abends 6 Uhr: Gottesdienst mit Predigt über Joh. 2, 1-11, derselbe.

Fremdenliste.
Uebernachtet haben im
Kathaus: Louis Oppelt, Fabrikbes., Otto Hartung, Schm., beide Chemnitz. Kurt Heile, Schm., Halle.
Reichshof: Gustav Dienert, Schm., Plauen. Mara Grimmel, Annaberg. Erich Vogel, Schm., Dresden. Dr. Paul Wildfeuer, Bezirks-Schulinspektor, Schwarzenberg.
Stadt Leipzig: Kurt Jacob, Handlungsgehilfe, Wschersleben. Edwin Prager, Kesselfeuer, Ernst Robert Lorenz, Probantenhändler, beide Plauen. Richard Rippe, Zeichner, Leipzig.
Garküche: Bernhard Fiedler, Werksführer, Annaberg. Gustav Käpke, Handelsmann, Albernau. Kurt Schubert, Unteroffiz., Leipzig. E. Günther, v. Geometer, Kuerbach. Felix Kausch, Chemnitz.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 17. Januar. Die 3 Volksbeauftragten, Minister Reichner, Geber und Dipinski, haben unter energischem Protest gegen die „Willkür und Gewaltthätigkeit der Leiter des Dresdner A- und S-Rates“, die von den 3 anderen Ministern nicht mißbilligt, sondern gestützt wird,

am Donnerstag ihre Ämter niedergelegt. Eine ausführliche Erklärung darüber wird der Presse sofort zugestellt. Die Zurückgetretenen erklären sich bereit, die Ämter bis zur Bestimmung von Nachfolgern weiterzuführen.

Berlin, 17. Januar. Die Verlängerung des Waffenstillstandes ist gestern nachmittag durch Staatssekretär Erzberger in Trier unterzeichnet worden. Die einzelnen endgültigen Bedingungen liegen hier noch nicht vor. Wie es heißt, sind jedoch erhebliche Verbesserungen gegenüber den Vorschlägen der Entente erzielt worden.

Berlin, 17. Januar. Von den zuständigen Reichsämtern wird augenblicklich ein Gesetzesvorschlag vorbereitet, der die geregelte Einstellung und Unterbringung aller Arbeitslosen zum Ziel hat.

Berlin, 17. Januar. Gestern nachmittag traten die Reichsregierung und der Zentralrat zu einer gemeinsamen Besprechung der durch den Tod Liebknechts und der Frau Rosa Luxemburg geschaffenen Lage zusammen. Alle waren sich einig in der schärfsten Verurteilung besonders der Vorgänge, die zum Tode der Frau Rosa Luxemburg geführt haben. Der Zentralrat billigte ohne Einschränkung die Haltung der Regierung, welche sofortige Untersuchung und schärfste Bestrafung der etwa Schuldigen anordnet.

Berlin, 17. Januar. Das Verschwinden der Leiche der Frau Luxemburg ist noch immer nicht aufgeklärt. Von dem Stabe der Division wurden im Laufe des gestrigen Tages von allen Seiten Erhebungen angestellt, die aber bisher ergebnislos geblieben sind. Die Annahme, daß Spartakusleute die Leiche geraubt und in Sicherheit gebracht haben, scheint sich nicht zu bestätigen; vielmehr ist anzunehmen, daß einige Personen, die noch nicht ermittelt sind, die Tote in den Landwehrtank geworfen haben.

Kassel, 17. Januar. Volksbeauftragter Scheidemann teilte in einer gestrigen Rede in Kassel mit, daß die Regierung beschloffen hat, die Nationalversammlung voraussichtlich am 6. Februar einzuberufen. Zu den neuen Forderungen der Entente bemerkte er, daß, wenn diese ihre Forderungen nicht in letzter Stunde mäßige, die Unterzeichnung des Vertrages abgelehnt werde. Die Entente habe sich dann selbst zuschreiben, wenn die Wahlen des Bolschewismus über das Hungerland Deutschland hinweg nicht von den Grenzen Englands und Frankreichs halt machen würden.

Breslau, 17. Januar. Im Breslauer Rathaus tagte gestern eine Konferenz der Behörden der Breslauer Arbeitgeber und Arbeiterführer. Der Chef des Stabes des 6. aktiven Armeekorps wies nachdrücklich auf die Gefahren Schlesiens hin. Die Tschechen haben ein großes, erprobtes, schlagfertiges Heer von 500 000 Mann mit reichlichen Geschützen und bedrohen von Braunau aus die Grafschaft Glatz. Die Polen besitzen 18 Divisionen, welche von Lemberg jeden Augenblick einfallen können. Dringendste Forderung sei die Bildung eines schlesischen Freiwilligen-Korps zur Sicherung der schlesischen Grenzen. Alle wehrfähigen Männer werden aufgefordert, sich zu melden.

Zürich, 17. Januar. Privatmeldungen der Schweizer Presse aus Paris besagen, daß die polnischen Delegierten erklären, die Polen werden auf der Friedenskonferenz Danzig und das Küstengebiet dieser Stadt in Anspruch nehmen. Die Polen begründen diese Ansprüche mit völkischen und wirtschaftlichen Argumenten. Die Weichsel werde die große Ader bilden, die Polen wieder nach Westen Verbindung bringen soll. Durch die Aufhebung der durch die Teilung Polens geschaffenen Grenze werde die Weichsel ihre einstige Bedeutung wieder bekommen. Die Polen fordern nicht nur die Provinz Westpreußen, sondern auch die Bezirke Bütow, Lauenburg und Suwałki in Pommern. Nach Osten verlangen sie das Gebiet, das ihnen vor 1772 gehörte, indem sie darauf hinweisen, daß der Bezirk Allenstein in der Mehrheit seiner Bevölkerung polnisch geblieben sei. Die polnische Delegation behauptet, daß nur die Beamtenbeschriftung gegen die Polonisierung Danzigs Einspruch erhebt.

Zürich, 17. Januar. Wie der „Temps“ mitteilt, legte Clemenceau dem Präsidenten der Republik ein Dokument zur Unterzeichnung vor, das eine Milderung der Blockade vorschlägt, soweit die linksrheinischen besetzten Gebiete in Frage kommen.

Jungfrauenverein:
Versammlung.
Gasglühkörper,
— allerbeste Ware
noch aus Friedensmaterial hergestellt. Alle Sorten Gasglühkörper, Schirme, Brenner, Gummimuffen usw. empfiehlt bestens
C. E. Forst.
Anschlüsse, Veränderungen und Reparaturen jederzeit.
Sommerhüte
zum färben und umpressen werden angenommen.
Margarethe Zenner,
Fuggeschäft.

Die unterzeichneten Apotheken
sind bis auf Weiteres an Sonn- und Feiertagen vormittags von 9 Uhr bis 12 Uhr geöffnet.
Apothek zu Schönheide. Stadt-Apothek Eibenrod.

Landwirte unseres Wahlkreises!
Wenn ihr einen Vertreter eures Berufes in die Nationalversammlung senden wollt, dann wählt die Männer der Deutsch-nationalen Volkspartei.
Als dritter steht dort
Rittergutspächter Pezold-Nesjahn.
Nur wenn Ihr mit Frauen, Söhnen, Töchtern und Befinde geschlossen für ihn eintritt, wird seine Wahl ermöglicht.

Ein großer ediger (brauner) **Mantel = Knopf** verloren worden. Gegen Belohnung abzugeben. Feldstr. 11, 1.

2 grosse geleimte Kisten sind zu verkaufen bei **Emil Weiss,** Südstraße 18.

Düngergruben werden gegen Vereinbarung entleert. **Georg Wolf.**

Zigaretten in größeren Mengen gibt ab **Heymann, Schneberg,** Rittersstraße 235.

5 Stück **Zucht-Gänse** sind zu verkaufen bei **Frau Marie Siegel, Wildenthal.**

Eine mittlere **Wohnung** zu mieten gesucht. Hauskauf nicht ausgeschlossen. Angebote unter Z. A. 3 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Guter gebrauchter oder neuer **Bade = Ofen** sofort zu kaufen gesucht. Werte Off. unter Nr. 6 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Deutsches Volk, wache auf!

Du hast lange geschlafen, zu lange. Du hast Dir vorreden lassen, es sei alles gut und habe keine Not. Deine Propheten haben gerufen: Friede, Friede, und ist doch kein Friede. Nun ist die Not über Dich gekommen, wie ein gebarnischer Mann, und Du stehst am Abgrund, der Dich zu verschlingen droht. Vergebens faßt Du Dich an den Kopf, wie ist das alles gekommen? Stand nicht unser Heer noch tief in Feindesland, nach den erstmaligen Rückzügen wieder neu gefestigt und abwehrbereit? Sprachen nicht deutliche Anzeichen von wachsender Not der Feinde, winkte nicht in erreichbarer Nähe die Palme eines ehrlichen und ehrenhaften Friedens? Warum ist es dazu nicht gekommen?

Weil der Wahn einer Revolution uns die Waffen aus der Hand schlug und uns wehrlos und machtlos dem Feinde auslieferte; nun haben wir das Elend obnegleichen. Wir hatten unser Brot, mochte es auch manchmal knapp sein, jetzt steht der Hunger vor der Tür. Sucht und Ordnung hielt das Volk zusammen, jetzt herrscht die Zuchtlosigkeit und das Reich fällt auseinander. Unsere Heere hielten die Feinde fern vom heiligen Boden des Vaterlandes, jetzt rücken sie ein, von West und Ost, und während wir verblendet durch den Traum von dem Zusammengehen der internationalen Demokratie, von dem Sturz des alten Regiments und der Demokratisierung unserer Regierung eine Wüsterung der Waffenstillstandsbedingungen und einen erträglichen Frieden hofften, spotten die Feinde unser und erdroffeln uns.

Und wem danken wir das?

Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen vor der Tür, wen sollen wir wählen?

Die Sozialdemokratie

hat versagt. Der Traum der Volksverbrüderung ist ausgeträumt. Ihre Herrschaft bedeutet Verelendung des Volkes nach allen Seiten. Wählt keine Sozialdemokraten.

Die demokratische Partei

sammelt alles, was unter der Fahne des Linksliberalismus marschiert; Fortschritt und Freisinn sind immer die Schrittmacher der Sozialdemokratie gewesen.

Die Deutsch-nationale Volkspartei

allein kommt für rein deutsch denkende Männer in Betracht. Die Deutsch-nationale Volkspartei will eintreten für alle idealen Momente, die zum Wiederaufbau des Vaterlandes helfen können, für den nationalen Gedanken, für eine gesunde Sozialreform, für die Bildung einer Regierung, die vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen ist, für eine Sammlung aller staatsverbaltenden Kräfte, um unser Vaterland durch die schwere Erschütterung, die es erlebt, hindurchzuretten, aber sie kämpft gegen einen Geist, der sein Vaterland überall da hat, wo er gute Geschäfte machen kann, sie macht mit aller Entschiedenheit Front gegen die rechtlose Gewalt Herrschaft einer einzelnen Klasse.

Mitbürger und Mitbürgerinnen in Stadt und Land, tretet ein in die Reihen der Deutsch-nationalen Volkspartei!

Kandidaten der Deutsch-nationalen Volkspartei:

- | | | |
|---|---|---|
| 1. Bäckermeister Franz Wiener in Chemnitz, | 5. Geh. Kommerzienrat William Gulden in Chemnitz, | 9. Fabrikant Johannes Thieme in Plauen i. V., |
| 2. Staatsanwalt Dr. Barth in Zwickau, | 6. Frl. Oberlehrerin Elise Bräuer in Chemnitz, | 10. Oberforstmeister Hahn in Schwarzenberg, |
| 3. Rittergutsbesitzer Bezold in Rehschlag, | 7. Lehngerichtsbesitzer Heymann in Großhildersdorf, | 11. Pfarrer Gräfe in Auenfeld, |
| 4. Frau Superintendent Hanisch in Annaberg, | 8. Kommerzienrat Claviez in Adorf i. V., | 12. Gutsbesitzer Veitbold in Zettau, Bez. Chemnitz. |

Der Größenwahn der Tschechen

zeigt, wohin die Deutsch-Oesterreicher gehören:

Zu der einzigen Partei, die den nationalen Gedanken über alles stellt, zur
Deutsch-nationalen Volkspartei!

Deutsch-Oesterreicher, die ihr zur deutschen National-Versammlung wählt, wenn ihr an die Schmach eurer Brüder denkt, wenn ihr den Anschluß eurer deutschen Heimat, an ein starkes, nationales Deutschland wollt, dann gibt es nur eine Wahl-Parole:

Deutsch-nationale Volkspartei!

Berein der Deutsch-Oesterreicher für Chemnitz u. Umg.
Wirkschuldirektor Worm, Vorsitzender.

Zur Antwort auf: „Der Kirchenstreit“.

Nicht die Deutsch-nationale Volkspartei hat den „Kirchenstreit“ als Wahlmanöver in den Wahlkampf geworfen. Die revolutionäre Entwicklung und verschiedene Maßnahmen der derzeitigen Regierung haben gezeigt, daß die evangelische Kirche in Gefahr ist, daß sie das unsern Volk nicht mehr sein soll, was sie ihm bisher gewesen ist.

Deutsch-nationale Männer aber denken daran, daß „Freisinn“ und „Fortschritt“ bisher der Kirche meist wenig freundschaftlich gegenüber gestanden haben. „Freisinn“ und „Fortschritt“ sind die Vorläufer der deutschen demokratischen Volkspartei und ihre Vertreter deren Führer.

Deshalb muß man wohl etwas zweifelhaft sein, ob man der jetzt in Frage tretenden Kirchenfreundschaft voll vertrauen kann und ob dieselbe nicht ein Wahlmanöver ist.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Einen Buchbinder-Lehrling | Haus-Ordnungen
sucht | sind vorrätig in der Buchdruckerei
Theodor Schubart. | von Emil Hannebohn.

Central-Theater.

Am Sonnabend und Sonntag:
Alwin Neuss in einer Doppelrolle

Clown Charly.

Ein Artisten-Drama in 4 Abteilungen nach dem Roman von Johannes Wilbrand.
In der Hauptrolle dargestellt von Alwin Neuss und Martha Laurence.

Frau Gräfin.

Ein Lustspiel in 3 Akten mit
Hanne Brinkmann und Paul Westermeyer.
Zu einem Besuche ladet ein Hochachtend
Hans Schmidt.

Achtung!

Sonnabend, den 18. Jan., abends 7,8 Uhr im Deutschen Hause:

Achtung!

große

öffentl. Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

1) Die bevorstehenden Wahlen.

2) Freie Aussprache.

Referent: Max Jungnickel, Annaberg.

Zur Deckung der Unkosten werden 10 Pf. Eintritt erhoben.

Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen

D. V. d. Sozialdem. Vereins.

Für die uns zu unserer

Vermäßlung

in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Aufmerksamkeit sagen wir nur hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Wildenthal, Januar 1919.

Lehrer Alfred Gähler und Frau Martha geb. Drechsler.

≡ Wählt Liste Brodauf! ≡

Religion und Schule.

Von deutsch-nationaler Seite wurde kürzlich im Amtsblatte behauptet: „Die Ausschaltung des Religionsunterrichts aus der Schule bedeutet, daß Hunderttausende deutscher Kinder als Heiden aufwachsen.“ Demgegenüber erklären wir Deutschdemokraten zugleich im Namen der unserer Partei angehörigen Lehrer klipp und klar:

„Wir wollen, daß der Religionsunterricht nach wie vor in der Schule bestehen bleiben soll, da er nicht durch einen bloßen Moralunterricht ersetzt werden kann.“

„Wir wollen die Schüler nur von jenem Ballast schwer verständlicher und schwer erlernbarer Sprüche und Lieder befreit und ihn durch leicht verständliche und leicht erlernbare Sprüche und Lieder ersetzt wissen, deren in der Bibel und im Gesangbuche genügend vorhanden sind.“

„Wir wollen, daß nur die Lehrer Religionsunterricht zu erteilen brauchen, die innere Ueberzeugung, Lust und Liebe dazu treibt.“

Väter und Mütter! Kommt Ihr denn nicht dahinter, daß die Deutsch-nationale Volkspartei mit ihrem Anwurfe nur Beunruhigung und Verwirrung in Eure Reihen tragen will, um Eure Stimmen zu erhalten? Laßt Euch nicht irreführen und gebt erst recht Eure Stimme der Liste **Brodauf!**

Privatangestellte!

Handlungsgehülfen! Werkmeister! Techniker!

Auch Euch rufen wir an, Eure Stimme derjenigen Partei zu geben, die die Interessen des Bürgertums ohne Rücksicht auf Strömungen von links und rechts vertreten kann. Auch Ihr braucht die Wiederbelebung des freien Handels, damit Ihr wieder in lohnende Berufstätigkeit kommt, den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, damit Eure und Eurer Familien Zukunft gesichert ist. Eure Wünsche werden kraftvoll und eindringlich vertreten von der Deutschen demokratischen Partei! Unsere Kandidatenlisten enthalten Namen aus Eurem Kreise! Sozialdemokraten und Deutsch-nationale scheinen Euch vergessen zu haben!

Wählt Liste Brodauf!

Handwerker!

Ihr wißt selbst, daß Massenartikel nicht mehr in handwerksmäßigen Kleinbetrieben hergestellt werden können. Gegen die Auslands-konkurrenz ist in solchen Artikeln nicht anzukämpfen! Laßt Euch nicht mit Versprechungen betören, die keine Partei einzulösen im Stande ist! Eure Interessen sind die des gesamten Mittelstandes und werden weder von links, aber noch viel weniger von rechts vertreten. Die Sozialdemokratie ist der Tobfeind des selbständigen Mittelstandes. Die Konservativen haben für Euch nur Worte, keine Taten! Eure Partei ist die

Deutsche demokratische Partei.

≡ Eure Liste ist Brodauf! ≡

Männer und Frauen des Mittelstandes!

Kein Stand hat unter dem Kriegsozialismus so schwer gelitten wie der Mittelstand. Zahlreiche kleine Betriebe sind unter den Folgeerscheinungen des Krieges zusammengebrochen. In vielen Fällen gelang es nur der angestrengten, aufopferungsvollen Arbeit der Frauen, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Sozialdemokraten wollen alle Materialien sowie den Warenvertrieb verstaatlichen. Damit würde der selbständige Handwerker und kleine Kaufmann für alle Zeiten beseitigt sein. Aber für jeden geordneten Staatsaufbau ist ein kraftvoller gewerblicher und kaufmännischer Mittelstand eine unbedingte Voraussetzung. Deshalb muß in Zukunft der Staat sich dieser unentbehrlichen Volkschicht mehr denn je annehmen. Wählt deshalb am 19. Januar eine Partei, die Eure Sorgen und Leiden kennt und mit allem Nachdruck für Eure lebensnotwendigen Forderungen eintritt.

Darum, Mittelstand, wahre Deine Interessen, wählt die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei, die

➔ Liste Brodauf, Seyfert, Günther! ➔

≡ Wählt Liste Brodauf! ≡

für

Wangspr
Blatt.
alle, bei
günstig
Kesseln

im Jahr 18
21. Sonntag
Wiederher
11. Februar

A

W
(Reichsg)

ter als

die Bau

veränd

Er

höhung

bis zum

zubringe

Di

Gespräch

vor Abl

bere An

G

Fr

eingetra

Ge

E

kommt a

die spät

sem Tag

Di

die Rom

E

Wahl

Wahlre

Der

Boik vo

einer.

Nationa

Reiches

Friedens